

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Harmond-Spaltenszeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertionsstempel per 30 kr. für eine jedwelmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels.)

# Laibacher Zeitung.

## Amtlicher Theil.

**Se. I. I. Apostolische Majestät** haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 26. November d. J. die Kreisgerichtsärzte in Zara, Friedrich v. Palkoni und Dr. Massimo Nicolich, zu Räten des dalmatinischen Oberlandesgerichtes, und zwar den Ersten definitiv, den Zweiten provisorisch allergnädigst zu ernennen geruht.

**Se. I. I. Apostolische Majestät** haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 24. November d. J. den geheimen Rath und Kammerer, Feldmarschall-Lieutenant Ludwig Grafen Follot de Creneville, gegenwärtig ad latus des kommandirenden Generals in Ungarn, mit dem Präsidium des siebenbürgischen Landes-Obernuntiums provisorisch allergnädigst zu betrauen geruht.

## Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 28. Dezember.

Der Konflikt zwischen England und Amerika scheint ernstlicher werden zu wollen, als man im ersten Augenblick vermuthete. Die Kronjuristen haben die gewaltsame Verhaftung der beiden südamerikanischen Kommissäre an Bord des „Trent“ als einen Bruch des Völkerrechtes und eine Beschimpfung Englands erklärt. Welches die nächsten Schritte der englischen Regierung sein werden, ist schon aus dem heutigen Artikel der „Morning-Post“ abzulesen; man wird eine starke Demonstration in den amerikanischen Gewässern machen und der Union vorerst die Ueberlegenheit mit großköniglicher Drohung fühlen lassen. Ob der Stolz der Regierung von Washington sich den Anforderungen Lord Palmerston's beugt oder ob diese absichtlich so hoch gespannt werden, um einen Bruch der Blokade möglich zu machen — um die zu beurtheilen, wird es noch einiger Tage bedürfen.

Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Turin und Madrid und die Abreise des italienischen Geschäftsträgers, Baron Tecco, ist unmittelbar durch die Weigerung der spanischen Regierung hervorgerufen, die napolitanischen Archive auszuliefern, welche der Vertreter Spaniens in Neapel zur Verwahrung in der Zeit übernahm, als Franz II. seine Staaten verließ. Die Turiner Regierung verlangt vom spanischen Kabinete im Namen Italiens die Rückgabe dieser Protokolle, welche Spanien verweigert, da es das Königreich Italien nicht anerkannt hat. Im Grunde aber kommt zwischen Turin und Madrid nur ein alter Zwist zum offenen Ausbruch. Die Annexionen Parma's und Neapels durch Piemont waren ein harter Schlag für den den Dynastien beider Staaten so nahe verwandten spanischen Hof und eine Verkürzung gewisser Sukzessionsrechte. Ueberdies widerstrebt das Verfahren Piemonts gegen Rom den katholischen Gefühlen des spanischen Hofes und Volkes. Unter den jetzigen Verhältnissen hat jedoch der eingetretene Bruch nur eine untergeordnete Bedeutung. Spanien und Italien werden und können einander deshalb nicht in die Haare geraten. In den Tuilleries aber wird man diesen Zwiespalt gerne sehen, denn er bietet Gelegenheit, zu vermitteln und in Turin und Madrid den napoleonischen Einfluß geltend zu machen, abgesehen davon, daß einmal doch der Tag kommen könnte, die Mißstimmung des spanischen Kabinetes in einem anti-italienischen Sinne auszubenten.

## Nur Budgetvorlage im Reichsrathe.

Wien, 29. November.

Ein Vorbote der Budgetvorlage ist heute bereits durch das Abgeordnetenhaus gezogen. Eine Faktion

desselben, die man gewöhnlich als die „deutschen Autonomisten“ bezeichnet, hat nachstehenden Antrag gedruckt vertheilen lassen und zur Unterstützung desselben eingeladen:

Obgleich nach dem allerb. Diplome vom 20. Oktober v. J. und nach dem Grundgesetze vom 26. Februar d. J. über die Reichsvertretung die Prüfung und Feststellung der Vorschläge des Staatshaushaltens, sowie die Prüfung der Staatsrechnungsabschlüsse und der Resultate der jährlichen Finanzgebarung durch den Reichsrath zu erfolgen hat, so haben doch Hindernisse, welche von der Regierung nicht beseitigt werden konnten und an deren Beseitigung noch für geraume Zeit nicht zu denken ist, es nothwendig gemacht, daß ohne vorhergegangene solche Prüfung und Feststellung der Voranschläge mittelst kaiserl. Patenten vom 12. v. M. die Steuern für das bereits begonnene Verwaltungsjahr 1862 im ganzen Umfange der Monarchie ausgeschrieben werden mußten.

Wie sehr nun auch dieß Verfahren durch den Drang der Verhältnisse und durch den Wortlaut des Grundgesetzes über die Reichsvertretung gerechtfertigt erscheint, so können sich die Gesehtigten doch nicht verhehlen, daß das Vertrauen der Völker aller im gegenwärtig tagenden Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder von diesem die Ausübung des wichtigsten konstitutionellen Rechtes eines Volkes: jenes Rechtes der verfassungsmäßigen Kontrolle des Staatshaushaltens nämlich — erwarre; daß dieselben zu dieser Erwartung sowohl durch das allerb. Einberufungs-Patent vom 26. Februar als auch durch den Inhalt der bei der Eröffnung des Reichsrathes gehaltenen Thronrede sich berechtigt halten konnten und mußten, und daß sie insbesondere auf Grundlage des erwähnten Patenten die Gesehtigten mit dem auch für die reichsräthliche Behandlung der Reichsfinanzen ausreichenden Mandate versehen zu haben glaubten. Es dürfte aber den im gegenwärtigen Reichsrathe vertretenen Völkern schwer werden zu begreifen: wie Hindernisse, welche außerhalb ihres Verschuldens liegen, und wie insbesondere der Widerstand, welche die Grundgesetze des Reiches in einigen Theilen derselben gefunden haben, sie selbst in der Ausübung der durch diese Grundgesetze erworbenen und vor Allem solcher Rechte zu behindern vermögen, von welchem der Wohlstand der Einzelnen, die Macht, ja selbst der Bestand des Ganzen in eingreifender Weise berührt werden. Müßte die gegenwärtige Session des Reichsrathes geschlossen werden, ohne daß derselbe das Recht der Prüfung und Feststellung des Budgets geübt hätte; sänden Regierung und Haus kein Mittel, oder fehlte es beiden an der nöthigen Eintracht, um die formellen Hindernisse zu beseitigen, welche sich den unzweifelhaften Wünschen der Regierten und den vitalen Interessen der Monarchie entgegen stellen, so wäre das Vertrauen Europa's in die Geschicke Oesterreichs, der Glaube der Völker in den Reichsrath und in die Verfassung auf das Unheilvollste erschüttert und wie sehr auch die Regierung in anerkannter Weise bemüht sein möge, ihr absolutes Eingreifen auf das nothwendigste Maß zu beschränken, es würde sich dennoch zu dem Zweifel: ob die Regierung den Schwierigkeiten, welche sich ihrem Werke überhaupt entgegenstellen, gewachsen sei? auch noch das Mißtrauen in die konstitutionelle Gesinnung derselben zugesellen.

In Erwägung nun des evident vorliegenden Falles einer Staatsnothwendigkeit, vor welcher formelle Bedenken in den Hintergrund treten müssen; in Erwägung, daß eine effektive Kontrolle der Finanzen durch den Reichsrath allen Theilen des Reiches durch ihre Wirkungen und Erfolge zu gute komme, und daß in jedem Falle der unterlassenen Ausübung seines Rechtes möglicher Weise ein bedenkliches Präjudiz liegen könne; in Erwägung, daß es zumal in

einem noch neuen Verfassungsleben durchaus nicht wünschenswerth erschrine, die Regierung selbst gegen ihren Willen zum Verbruche von Rechten zu drängen, welche — indem sie die Verfassung momentan aufheben — nur ausnahmsweise, in Fällen dringender Art, geübt werden sollten; in Erwägung endlich, daß eine Form zu finden sein dürfte, durch welche der oben gedachten Nothwendigkeit, eben so wie den Rechten der im gegenwärtig tagenden Reichsrathe noch nicht vertretenen Königreiche und Länder Rechnung getragen und doch jedes Präjudiz für künftige Fälle und für die Integrität der Verfassung vermieden würde — sind die Gesehtigten nicht nur bereit, sondern sie halten es auch für ihre patriotische Aufgabe, dafür zu stimmen, daß, wenn die Regierung im Verfolge der von ihr in der Sitzung vom 4. November d. J. durch Se. Excellenz den Herren Finanzminister abgegebenen Erklärung den Staatsvoranschlag für das Verwaltungsjahr 1862 und die Staatsrechnungsabschlüsse des Verwaltungsjahres 1861 dem Hause in Vorlage gebracht haben wird, dieses in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung in die Prüfung besagter Vorlagen und in Beschlußfassung über dieselben eingehe. Indem die Gesehtigten demnach im Allgemeinen ihre Bereitwilligkeit erklären, beistehen sie sich auch über die Grenzen der von dem Hause, resp. dem gegenwärtigen Reichsrathe zu übernehmenden Verantwortlichkeit in den nachfolgenden Sätzen jene Erwartungen auszusprechen, an deren Erfüllung sie die oben im Allgemeinen zugesicherte Zustimmung binden den zu müssen glauben: Die Voranschläge des Staatshaushaltens für 1862 und die Staatsrechnungsabschlüsse des abgelaufenen Verwaltungsjahres 1861 wären mittelst kaiserl. Bottschaft in das Haus einzubringen.

Zu der Bottschaft wäre der Reichsrath aufzufordern, in die Beratung und Beschlußfassung über den Voranschlag des Staatshaushaltens für das Verwaltungsjahr 1862 und in die Prüfung der Staatsrechnungsabschlüsse des abgelaufenen Verwaltungsjahres in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung einzutreten, und die Regierung, welche im Interesse und mit Festhaltung allgemein konstitutioneller Grundsätze von dem ihr durch den §. 13 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung eingeräumten Rechte nur in Fällen unabwieslicher Nothwendigkeit Gebrauch machen will, wird an die von beiden Häusern übereinstimmend gefaßten und von Sr. Majestät sanktionirten Beschlüsse gebunden sein. Die Berechtigung, welche vom Reichsrathe übernommen wird, soll eine ausnahmsweise sein und als solche erklärt werden; sie soll unpräjudizirlich sowohl dem Gesamtreichsrathe gegenüber als auch für die Verfassung des Reiches und für alle Zukunft sein. Durch die Beschlüsse des Reichsrathes sollen den Steuerpflichtigen keine neuen, noch erhöhte Steuern, und dem Staate keine neuen Verpflichtungen auferlegt werden, es wäre denn, daß damit bestehende Verpflichtungen gestillt würden. In der vom Reichsrathe ausnahmsweise geübten Berechtigung soll keine Ausdehnung der Kompetenz desselben über die zur Krone Ungarns gehörigen Länder liegen, vielmehr werden Sr. Majestät der Kaiser Kraft Ihres Herrscherrechtes die in diesen Ländern gegenwärtig bestehenden Steuern und Abgaben einsordern und die den Staatshaushalt betreffenden Verfügungen treffen.

Enlich hätte in der allerb. Bottschaft der Grundsatz: daß die Minister für ihre Verwaltung dem Reichsrathe verantwortlich sind, unter gleichzeitiger Zusicherung, daß bei dem nächst zusammen tretenden Gesamtreichsrathe eine Gesetzesvorlage über Ministerverantwortlichkeit eingebracht werden soll — seinen Ausdruck zu finden.

Wien den 22. November 1861.



# Sitzung des Hauses der Abgeordneten

am 27. November.

Vorsitzender: Präsident Dr. J. Hein.

Auf der Ministerbank die Herren: v. Schmerling, Freiherr von Meser, von Lasser und Graf Wittenburg.

In der Fortsetzung der Debatte über das Gesetz zum Schutze der persönlichen Freiheit theilt der Berichterstatter Dr. Grünwald mehrere vom Ausschusse vorgenommene Abänderungen des Gesetzentwurfes mit, mit denen sich das Haus einverstanden erklärt. Es erfolgt hierauf die dritte Lesung des Gesetzesentwurfes.

In der Debatte über das Gesetz zum Schutze des Hausrechtes wird der in der jüngsten Sitzung gestellte Antrag Rgger (Bestimmungen gegen unbefugtes Eindringen in eine Wohnung und gegen Beschimpfung des Inhabers derselben) vom Ausschusse abgelehnt. Nach wiederholten Replikten des Antragstellers und des Berichterstatters Dr. Grünwald bleibt der Antrag in der Minorität.

Im Hinblick auf die von Helzel eingebrachten Amendements beantragt der Ausschuss, daß die Hausdurchsuchungen behufs der polizeilichen Aufsicht so wie behufs der Strafgerichtspflege nach den bestehenden Normen des Gefängnisgesetzes der Strafprozeßordnung vorgenommen werden sollen; dagegen spricht Helzel, der das Recht der Behörden, nachthlicher Weise in ein Haus einzudringen, auf jene Fälle beschränkt wissen will, in welchen dem Hause Gefahr (Feuer, Ueberwuchung) droht, oder aus dem Hause um behördliche Hilfe gerufen wird, oder endlich ein auf fetscher That Betroffener sich in das Haus flüchtet. Der Antrag bleibt in der Minorität, der Ausschussantrag wird angenommen; in Folge dessen sind die in der jüngsten Sitzung angenommenen, von Taschel beantragten Zusätze wieder aufgehoben.

Ein Ausschussantrag, daß, falls bei einer Hausdurchsuchung nichts Verdächtiges vorgefunden wird, dem Betreffenden hierüber auf sein Verlangen ein Zeugniß ausgestellt werden soll, wird ebenfalls angenommen und sofort zur dritten Lesung des Gesetzes geschritten.

Rechbauer hatet Bericht ab über die von dem Herrenhause am Gemeindegesetz vorgenommenen Abänderungen; ihre Annahme wird anempfohlen mit Ausnahme der Abänderungen des Art. 1, Alinea 4 (dem aus dem Gemeindeverband geschiedenen Grundbesitz soll nach dem jetzigen Dastehen des Ausschusses keine andere als die zur Erfüllung der Pflichten und Leistungen einer Ortsgemeinde notwendige Amtswirksamkeit zuerkannt werden) und jener des Art. 16 (Aufsichtsrecht der Staatsverwaltung über die Gemeinden, Auflösung der Gemeindevertretung durch die politische Landesstelle); es sprechen Oberleitner, Brinz, Kaiser gegen die neue Fassung der Alinea 4 im Art. 1, die von der Majorität angenommen wird.

Berichterstatter Dr. Rechbauer fährt nun in der Berichterstattung fort. In dem Art. XVI. habe der Ausschuss mit allen gegen Eine Stimme beschlossen, den früheren Beschluß des Hauses aufrecht zu erhalten, indem derselbe der Ansicht war, daß durch die Gestattung eines Beschwerdebezuges an die Staatsbehörde, wie solchen das Herrenhaus im Auge hat, also auch gegen Verfügungen des Gemeindevorstandes innerhalb des selbstständigen Wirkungskreises der Genehmigung der Staatsbehörde abhängig gemacht würde.

Abg. Dr. Alois Fischer spricht sich gegen, Abg. Baron Jurgam für denselben aus.

Abg. Minister v. Lasser sucht in längerer Rede den Standpunkt darzulegen, den die Regierung in dieser Frage eingenommen habe. Daß es nicht Ansicht der Regierung gewesen sei, Gemeinden zu schaffen, und diese durch die angekämpfte Bestimmung verkümmern zu lassen; vielmehr wäre die Regierung im Herrenhause der Ausnahme dieser Bestimmung entgegengetreten, wenn sie darin die Gefahr erblickt hätte, welche der Ausschuss darin sehen will. Jedoch habe der Bericht der Kommission des Herrenhauses und die Debatten über denselben den Beweis geliefert, daß solche Intentionen auch dem andern Hause fern gelegen sind. — Es handle sich bloß darum, daß bei äußerst wichtigen Akten der Beschluß einer Gemeinde nicht allein entscheidend, sondern von der Genehmigung einer höheren Behörde abhängig gemacht werde.

Die Regierung werde durchaus nicht eine Einflußnahme der Behörden auf Beschlässe der Gemeinde, welche keine Gesetzesübertretungen involviren, befürworten. Eine solche Bevormundung beschränke nicht allein die Autonomie der Gemeinden, sondern sei auch für die Behörden mit großen Schwierigkeiten verbunden. Ganz verschieden davon sei aber das Aufsichtrecht des Staates, welches die Regierung als unveräußerlich wahren muß. Der Ausschuss hat auch die Nothwendigkeit eines vom Staate auszuübenden Aufsichtrechtes anerkannt und dadurch gezeigt, daß

er in seinem Antrage nicht die Absicht gehabt, die Ausübung dieses Rechtes in irgend einer Weise zu hemmen. Rechbauer verliest die betreffende Stelle des Ausschuss-Berichtes, und erklärt schließlich, daß die Regierung gegen die Annahme des Art. XVI in der ursprünglichen vom Abgeordnetenhanse beschlossenen Fassung keine Einwendungen zu machen habe (Bravo).

Berichterstatter Dr. Rechbauer repliziert auf die Einwendungen gegen den Ausschussantrag.

Für die vom Herrenhause vorgeschlagene Fassung erhebt sich Niemand.

Den vom Ausschusse in den Artikeln V. (Begriffsbestimmung des selbstständigen Wirkungskreises der Gemeinde), VII. (Zusammenlegung der Gemeinden), IX. (Ausschließung vom Wahlrecht), im Einklange mit den Beschlüssen des Herrenhauses beantragten Abänderungen stimmt das Haus ohne vorhergehende Debatteurung bei.

Bei Art. XVIII., in welchem der Ausschuss gleichfalls in Uebereinstimmung mit dem Herrenhause ein Abgehen vom früheren Beschluß des Hauses angetragen hatte, erhebt sich Abg. Szabel. Er könne nicht zugeben, daß dem Landesauschuss, welcher verfassungsmäßig nur Exekutivorgan des Landtages ist, auch der Macht eingeräumt werde zu beschließen. Er beantrage deshalb, daß es dem Landtag überlassen werden solle, wo keine Kreis-, Gau- und Bezirksgemeinden bestehen, an Stelle derselben eine anderweitige Behörde zur Besorgung der Geschäfte der höhern Gemeinden zu bestimmen. Der Antrag wird von der Rechten unterstützt.

Abg. Professor Herbst hält den Antrag Szabels für die Folge eines Mißverständnisses. Er macht darauf aufmerksam, daß auch die Kreis-, Gau- und Bezirksgemeinden nicht notwendig mit allen Aufgaben betraut werden müssen, welche das Gesetz aufzählt. Diesen Bemerkungen fügt der Berichterstatter einige Worte hinzu. Szabel zieht seinen Antrag zurück.

Die beantragte Abänderung in Art. XXIV. (Einfluß der Landtage auf die Gemeinden), fällt „Landtags“ zu setzen: „Landesvertretung“ ruft eine Bemerkung von Seite des Dr. Stieger hervor. Sie wird wie die bei Art. XVIII. genehmigt.

Schluß der Sitzung 2 Uhr 15 Minuten.

Nächste Sitzung Montag.

## Oesterreich.

Laibach, 2. Dezember. Vorgestern, Samstag Abends, sind Se. Majestät der Kaiser mittelst des Schnellzuges von Wien hier eingetroffen, und haben nach kurzem Aufenthalte die Reise nach Venedig fortgesetzt.

Wien, 28. November. Se. Majestät der Kaiser hat dem vom Dr. Bisanzil gegründeten Verein zur Unterstützung mittelloser Med. Dokt.-Witwen und Waisen für die Effekten-Lotterie ein Kaffe-Service von Porzellan in einer Kaffette und eine Marmorvase gespendet.

— In der Ministerkonferenz vom 26. d. kam der Bau eines neuen Universitätsgebäudes zur Sprache, welches in großartigem Maßstabe ausgeführt und bald in Angriff genommen werden wird. Sämmtliche Minister waren der Ansicht, daß dieser Bau eine Nothwendigkeit geworden sei.

— Freiherr v. Pratobevera gedenkt, wie die „Tribüne“ meldet, auch sein Mandat als Reichsrathsabgeordneter niederzulegen, da ihm sein Gesundheitszustand gänzliche Ruhe anferlegt. In diesem Falle würde Freiherr v. Sommaruga, der zum Ersatzmann für die erste Stadtgruppe gewählt wurde, an dessen Stelle in den Reichsrath eintreten.

Triest, 28. Nov. (Levantische Post.) Konstantinopel 23. d. M. Die Zirkulation der Kaimen soll auf die Hauptstadt beschränkt und von den Provinzen übernommen als besonderes Anlehen betrachtet werden, welches in gegebener Zeit rückzahlbar ist. Die Grundlage der sprichwörtlichen Entschädigungen ist zwischen Zuad Pascha und den europäischen Kommissären definitiv geregelt. Die Pforte bewilligt die Union der Donaufürstenthümer für Lebenszeit Cusa's unter annehmbaren Bedingungen. Der neue serbische Agent Niksch ist hier angekommen. Es ist der Bau mehrerer Kriegsschiffe in England beschlossen und Admiral Mehemet Pascha wird deshalb nach London geschickt. Die ausgewanderten Tataren und Nogais werden auf den großherzoglichen Gütern nächst Konstantinopel angesiedelt. Das Fort Sagri soll von den Tschirkeffen genommen sein. Abdul Kerim Pascha ist zum Polizeiminister ernannt. Die Wiedereröffnung der Verhandlungen zwischen Omar Pascha und dem Fürsten Nikolaus von Montenegro bestätigt sich. Miza Bei ist statt Franco Effendi zum General-Direktor des Telegraphenwesens ernannt.

Triest, 29. November. Nachrichten aus Athen melden: Die Söhne des Prinzen Eutypolo von Baiern werden in Athen erwartet, und es geht die Vermuthung dahin, daß ihre Reise sich auf die Frage der Thronfolge bezieht.

Agram, 29. November. Die Vitrovitzer Generalkongregation hat die Rekrutierung mit großer Stimmenmehrheit angenommen. Der erste und zweite Vizegespan, der Obernoldar und Oberfiskal sind abgetreten.

Wesst, 28. November. Das Rundschreiben der Hofkanzlei an sämtliche Obergespan-Stellvertreter, königlichen Kommissäre und Vorstände der Verbörden lautet: „In väterlicher Sorgfalt für den ausgedienten, verdienten und durch gutes Betragen ausgezeichneten Soldaten haben Se. Kais. und apost. k. k. Majestät mittelst allerb. Verordnung vom 19. Dezember 1853 angeordnet und befohlen, daß zu den Dienstellen bei Staats-, Landes- und Gemeindegemeinden nur ausgediente Soldaten, und zwar auf Grund eines vom Kriegsministerium angefertigten Namensverzeichnisses angestellt werden sollen. Da dieser allerb. Befehl den königlichen Beamten als unabwiesliche Richtschnur und Regel dient, so fordere ich... auf, dahin zu wirken, daß die den ausgedienten Soldaten ohne Ausnahme vorbehaltenen Stellen, deren Besetzung mit Ihrem Einfluß geschieht, nach der angeordneten, und durch die gewesenen k. k. Beamten mit besonderer Rücksicht auf jene Militärkandidaten, die auch gegenwärtig in aktuellem Dienst stehen, ausschließlich an Militärkandidaten vergeben, und die pünktliche Erfüllung der berührten k. k. Verordnung in allen Theilen angestrebt werde. In vorkommenden Fällen ist der königlich ungarische Statthaltereirath zur Mittheilung der betreffenden Namensverzeichnisse aufzufordern. Wien, am 19. November 1861. Graf Anton Jorgach.“

## Italienische Staaten.

Turin, 26. Nov. Wie die heutige „Opinione“ meldet, präsentirte der Abgeordnete Proio Garafa Palavicini, Herzog von Maddaloni, der Wahlkammer einen Antrag zur parlamentarischen Untersuchung der neapolitanischen Zustände. In demselben werden die bittersten Beschuldigungen gegen die italienische Regierung, Sehnsucht nach den früheren Zuständen und die Erklärung ausgesprochen, daß an jenem Tage, an welchem die piemontesische Regierung abzieht, das neapolitanische Volk zufrieden sein werde, seine Nationalität wieder erlangt zu haben. Die Piemontesen wären ungeladen nach Neapel gegangen, hätten Alles verdrorben und verschlungen, bourbonische Soldaten hätten ihren legitimen Herrscher verrathen, die Statthalterchaft des Prinzen von Carignan wäre als eine Periode häßlicher Verschwendung des Staatschazes, und jene Giardini's durch meronisches Gemisch berühmt geworden.

Die „Opinione“ hofft, daß der Verfasser seine Motion zurückziehen werde, daß aber in keinem Falle in der Kammer Diskussionen für die angeblichen Rechte Franz II. eingeleitet werden. Sollte der Verfasser auf seinem Antrage bestehen, so müsse er sein Mandat als Abgeordneter niederlegen; sein Platz wäre nicht mehr im italienischen Parlament, sondern in Rom an der Seite Franz II. (D. Z.)

## Frankeich.

Paris, 25. November. An der heutigen Börse herrschte reges Leben. Seit dem 1. Jänner 1857 waren die Pforten der Börse dem nicht zahlenden Publikum verschlossen, und die Menge, welche während 3 Jahren 10 Monaten und 24 Tagen mit sehnsüchtigen Augen nach dem ihr verschlossenen Paradiese hinüber geblickt hatte, wälzte sich heute mit Ungestüm nach dem Palais de la Bourse. Die Einnehmer und die Tourniquets der Stadt Paris waren verschwunden. Nur waren an den Eingängen Polizei-Agenten aufgestellt, welche Jedem, der eine Mütze oder Blouse trug, den Eintritt verwehrten; nicht minder den Frauen, und auch den Kindern war der Eingang untersagt. Doch gelang es sowohl einigen der letzteren, so wie auch einigen Mitgliedern des schönen Geschlechtes, in das Innere der Börse sich einzuschmuggeln, wo alsbald aber die Stadtsoldaten Jagd auf die Hunde machten, dagegen die Damen mit militärischer Höflichkeit erjuchten, das Feld zu räumen. Und die Stadtsoldaten blieben zuletzt Sieger! Es war aber gewiß kein leichter Sieg. Die nicht behuteten Bourfianer wußten sich zu helfen: sie steckten ihre Mützen in die Taschen und traten bloßköpfig ein, denn die Nacktheit des Schädels verwehrt dort den Eintritt nicht. Im Innern des Saales ging es sehr lebhaft zu. Es war eine solche Menschenmasse dort, wie an den schönsten Tagen des Jahres 1855, wenn aus der Krise irgend ein Sieg gemeldet, oder die Börse anderer Mächten halber einen Parzelbaum schlug. Schlag 12 Uhr eröffnete die Börse, und als die Wechsel-Agenten ihre Arme in die Höhe streckten, um ihre Anerbietungen zu machen, da erklangen durch den ganzen Saal die tausendfach wiederholten Rufe: Vive l'Empereur! Vive Mr. Fould! Diese laute Begrüßung währte ungefähr 10 Minuten. Die Bourfiers zeigten sich so dankbar, man hätte belohnen glauben können, die Tourniquets seien nur theilweise entfernt worden. — Der Pariser Korrespondent der „N. Pr. Z.“ berichtet über die Aufhebung



der Tourniquets wie folgt: Das ritterliche Franzosen-volk hat heute ein glänzendes Fest gefeiert — heute war zum ersten Male wieder freier Eintritt in die Börse und Jeder kann nun wieder nach Belieben schauen. Sie haben keinen Begriff von dem Gewühl auf allen Zugängen. Der Finanzminister Foulou und der Polizeipräsident Bortelle waren ausdrücklich von Compiègne gekommen, um dem Jubel beizuwohnen. Als das Signal zur Freigabe des offiziellen Schachschers gegeben wurde, ertönte ein vielstimmiges „vive l'empereur“. Das Publikum, Männer und Weiber, fiel sich in die Arme, „vive l'empereur!“ „vive le marché libre!“ Das Jubelgeschrei wollte gar kein Ende nehmen. Louis Napoleon war nie so populär, wie jetzt auf der Börse, und die Wechsel-Agenten haben sofort eine gewaltige Summe votirt, um dem Kaiser eine Marmor-Statue in der Börsengallerie zu errichten.

### Großbritannien.

**London, 28. November.** Der englische Dampfer „Trent“ begegnete im Bahamakanal dem Verein. St. Kriegsdampfer „San Giacinto“ und hißte die Flagge auf. Legterer feuerte auf den „Trent“ mit gleichzeitiger Aufhissung der Unionflagge. Der englische Kapitän verlangte Erklärungen. Der amerikanische erwiederte, indem er 2 Offiziere und 10 Mann an Bord des „Trent“ schickte und die Passagierliste zu sehen verlangte, was verweigert wurde. Der amerikanische Offizier sagte, sein Kapitän wolle die separatistischen Kommissäre ausgeliefert haben. Der englische weigerte sich entschieden, indem er erklärte, der amerikanische Kapitän habe kein Recht, die Kommissäre festzunehmen, die unter dem Schutze der englischen Flagge seien. Der Lieutenant entgegnete hierauf, er werde den Dampfer entern und machte dem „San Giacinto“ Signale, worauf dieser 30 Marinesoldaten und 60 Matrosen schickte. Der englische Kapitän protestirte und sagte: Ich bin auf meinem Schiff Vertreter der britischen Regierung; in ihrem Namen erkläre ich diesen Akt für eine ungesetzliche Verletzung des Völkerrechtes und auch für einen Akt der Seeräuberei, den Ihr, wenn uns Vertheidigungsmittel zu Gebote stünden, nicht zu begehen wagen würdet. Andere Amerikaner betraten das Schiff mit gezogenen Degen, verhafteten die Kommissäre und zwangen sie, ihnen auf den „San Giacinto“ zu folgen. Der amerikanische Kapitän verlangte Lebensmittel für die Gefangenen, der englische gab sie zwar, jedoch ausschließlich für die Gefangenen. Hierauf verließ der amerikanische Lieutenant den Bord des „Trent“, der seine Reise fortsetzte. Die Depeschen fielen nicht in die Hände der Amerikaner, sondern kamen in England an.

### Amerika.

**New-York, 15. November.** Gerüchweise verlautet, daß die Bundesstruppen nicht Beaufort, sondern nur die Insel Hilton besetzt haben. Oberst Cochrane hat in einer in Washington gehaltenen Rede die Bewaffnung der Sklaven gegen ihre Herren verlangt. Wie verlautet, soll der Kriegsminister derselben Ansicht sein. Der Steamer „Jacinto“ ist mit den gefangenen genommenen Kommissären der konföderirten Staaten, Mason und Seidell, in Monroe angekommen.

### Einladung

zu der nächsten Gemeinderathssitzung  
am 3. Dezember 1861, Nachmittags um 4 Uhr.

#### Tagesordnung.

1. Lesung des letzten Sitzungsprotokolls vom 26. Oktober 1861.
  2. Antrag wegen Erweiterung der Urjünger Mädchen-Schule.
  3. Vortrag über die Einführung der Gasbeleuchtung.
  4. Vorträge der Sektionen.
  5. Referat eines gemeinderäthlichen Comité's über ein Gesuch um Abschreibung eines Ersatz-Anspruchs der Gemeinde per 327 fl. 42 1/2 kr.
  6. Separatanträge der Herren Hr. Heilmann und Horak.
- Laibach am 28. November 1861.

### Nachtrag.

**Wien, 30. Nov.** Die „D. D. P.“ schreibt: Die Ernennung des Präsidenten Dr. Hein zum Justizminister ist außer allem Zweifel. Dr. Hein wird jedoch bis zu seiner Eidesablegung, welche erst nach Rückkunft Sr. Maj. des Kaisers stattfinden kann, den Vorsitz im Abgeordnetenhaus weiter führen.

**Wien, 30. Nov.** Aus London wird gemeldet, daß Mazzini schwer krank ist und man an seiner Wiederherstellung zweifelt.

**Triest, 29. Nov.** Ihre Maj. Hoheit die Frau Erzherzogin Charlotte hat vorgestern von Miramar

aus zu Fuß dem Dorfe Prosecco einen unerwarteten Besuch abgestattet, daselbst die Kirche und Schule besichtigt, die Armen in ihren Wohnungen aufgesucht, sich um deren Bedürfnisse genau erkundigt und davon besondere Vormerkung genommen.

**Fiume, 30. Nov.** In der gestrigen General-Versammlung des Finanzers Komitats wurde beschlossen, den entbundenen Vizegespan Boncina wieder einzusetzen.

### Neueste Nachrichten und Telegramme.

**Karlsruhe, 30. November.** Der Großherzog eröffnete heute den Landtag. Die Thronrede betont u. A. auch die endliche Erledigung des Kirchenstreites, kündigt verschiedene Gesetze an und erwartet die ständige Unterstützung der Regierung in ihren Bestrebungen in der deutschen Frage.

**Berlin, 30. November.** Von der polnischen Grenze unter heutigen wird berichtet: General Lüders verläßt nächstens Warschau. Als Kandidaten für den Statthalterposten wird in gut unterrichteten Kreisen General Bezal genannt. Wielopolski befindet sich unter Weges nach Berlin.

**Von der polnischen Grenze, 29. Nov.** Wegen des Rücktritts Wielopolski's herrscht große und allgemeine Bestürzung. In dem betreffenden Erlasse heißt es, daß er bis auf weiteres aller seinen Aemter enthoben sei. General Lüders, der auch seine Entlassung angeboten, erhielt von Petersburg Befehl, auf seinem Posten zu bleiben.

**Braunschweig, 29. November.** Der Staatsminister Geyso ist gestern gestorben.

**Paris, 27. November.** „Pays“ versichert, daß man in der Dappenthalsfrage einer unmittelbaren Lösung entgegensteht, die sowohl dem Nationalitätsgefühl der Schweiz als den Interessen Frankreichs entsprechen werde.

Man erfährt aus Jeddo, daß eine japanesische Gesandtschaft, die nicht weniger als dreihundert Personen zählen wird, im Laufe dieses Winters nach Europa kommen und den vornehmsten Mächten Geschenke überbringen wird.

**Paris, 30. November.** Der „Moniteur“ sagt: Die Einfuhr von Getreide befriedigt den Bedarf.

**London, 28. November.** Die heutige „Morning-Post“ schreibt offiziell: Die Kronjuristen haben entschieden: Die Verhaftung der Kommissäre ist eine Verletzung des Völkerrechtes und eine Beschimpfung Englands.

Die Regierung wird Genugthuung und öffentliche Mißbilligung des Aktes, Freigabe der Verhafteten, Ehrenrettung (Apologie) und Entschädigung für dieselben verlangen.

Wir haben — fährt der Artikel fort — in den amerikanischen Gewässern eine Seemacht, welche 1000 Kanonen zählt, wir könnten die amerikanischen Schiffe vom Meere verschwinden machen, die Blokade der nördlichen Häfen herstellen und den gegenwärtigen Krieg beenden.

**Southampton, 29. November.** (Abends.) Die Salpeterausfuhr ist von der Regierung verboten. Gerüchweise verlautet, daß ein mit Salpeter beladenes Schiff an der Abreise nach Amerika gehindert wurde.

### Handels- und Geschäftsberichte.

Außerordentliche General-Versammlung der Aktionäre der Kredit-Anstalt.

Wien, 27. November.

Zu Beginn der Verhandlung verlas Direktor Hornbostel den vom Comité angenommenen Zusatz zu S. 21.

Hierauf beginnt der Berichterstatter Warrens die Verlesung der auf den Verwaltungsrath bezüglichen Paragraphe und begründet zunächst den S. 35, wobei er die Beschränkung des Verwaltungsrathes von 21 auf 15 Mitglieder durch die raschere Geschäftsführung und das regelmäßige Verwohnen bei den Sitzungen motivirt.

Herr Szabel meint, da der Verwaltungsrath der wichtigste Punkt der Statuten sei, so müsse man sich zunächst an der Debatte über die Zwecke des Verwaltungsrathes klar bewußt werden; er sei nicht prinzipiell gegen das Institut des Verwaltungsrathes; in Oesterreich sei in dieser Beziehung der Verwaltungsrath der Kaiser Ferdinand-Nordbahn eine Musteranstalt für Europa. Die Verwaltungsräthe derselben können nicht vermöge ihrer Privatstellung in Kollision mit ihren Pflichten als Verwaltungsräthe geraten. Anders bei der Kreditanstalt, bei welcher Mitglieder der harte finance als Verwaltungsräthe einflußreiche Koterien bilden könnten. Es sei ferner verlockend für die Verwaltungsräthe, sich auf Kosten der Gesellschaft durch patriotische Gaben Verdienste zu erwerben. (Bravo und Unruhe.) Die Leitung einer Anstalt, wie die Kreditanstalt, sei nur einer neutralen Hand anzu-

vertrauen, die kein fremdes Interesse hat. (Bravo! Bravo!)

Hierauf schlägt der Redner ein Direktorium von fünf Mitgliedern vor, denn die Verantwortlichkeit eines Direktoriums sei eine ganz andere als die eines Verwaltungsrathes, welcher, zusammengesetzt aus den einflußreichsten Männern, sich der Verantwortlichkeit entziehen könne. (Bravo!) Dann würde auch die Leitung aus einem Guffe eintreten. Der Redner faßt eine bisherige Auseinandersetzung zu folgendem Antrag zusammen:

Die General-Versammlung beschließt und nimmt im Prinzip an:

a) Der Verwaltungsrath ist das überwachende Organ der gesamten Interessen der Anstalt.

b) Zur Administration und Leitung der Geschäfte wird ein Direktorium von 5 Mitgliedern mit möglichst ausgedehnten Vollmachten gewählt.

c) Dieses Direktorium faßt ihre Beschlüsse in kollegialer Form, es ist verantwortlich für die Geschäftsführung und Beobachtung der Statuten.

d) Die bezüglichlichen S. 1 bis 34 gefaßten Beschlüsse bleiben aufrecht erhalten.

e) Die SS. 35 bis 56 werden einer Umarbeitung von 5 Mitgliedern unterzogen und sind einer im Dezember oder Jänner zu berufenden General-Versammlung vorzulegen.

f) Die Beratung über die SS. 57 bis 64 wird fortgesetzt.

Herr Jaques äußert sich dahin, die Direktoren im Sinne des Herrn Szabel seien mehr Diktatoren (große Unruhe, Rufe: Schluß, der Präsident mahnt zur Ruhe). Es sei undenkbar, fünf solche Männer zu finden, die den gemachten Ansprüchen entsprächen, traurige Erfahrungen lägen gegen selbstständige Direktoren vor (Zischen). Die Vollmachten Richter's seien zu umfassend gewesen (Hört!). Die Folgen seien bekannt, Herrn Szabel's persönliche Erfahrungen seien nicht maßgebend. Redner endet unter Zischen.

Szabel repliziert, daß sein Antrag die überwachende Funktion des Verwaltungsrathes und die Exekutive der Direktoren logisch auseinander habe. Daß Solches bisher nicht der Fall gewesen, beweise der Anlauf von Kronstädter Bergwerksaktien, ferner der schleppende Gang der Entwicklung des Cheekswesens; Beides falle dem Verwaltungsrathe zur Last. Warrens entgegnet, der Vorschlag Szabel's sei neu, nirgends erfahrungsmäßig erprobt. Herr Szabel möge sich für seine Erfindung ein Patent nehmen. Szabel interpellirt den Präsidenten, derselbe möge den Redner zur Ordnung rufen. Warrens vertheidigt sich, indem er die Thatfache einer Beleidigung in Abrede stellt. Er sei nicht leidenschaftlich (Gelächter). Er beantragt die Abstimmung über das Amendement des Herrn Szabel.

Bei der Abstimmung wird der Szabel'sche Antrag mit 312 gegen 151 Stimmen verworfen.

Die Versammlung entscheidet sich ferner für die bisherige Anzahl von 21 (anstatt 15) Mitgliedern des Verwaltungsrathes, wozu nach einer Debatte der Herren Biskra, Klaudi und Warrens auf Benedict's Antrag die Bestimmung kommt, daß diese Mitglieder in Oesterreich leben müssen, und nach Annahme der auf sie gefallenen Wahl sich bei anderen Gesellschaften nicht mehr zu Verwaltungsräthen wählen lassen dürfen.

Herr Szabel stellt zu S. 52 mehrere Amendements, von denen er alle bis auf die letzten 2 Abfälle befehligen zurückzieht; in den beiden letzten Absätzen wünscht er anstatt „Ernennung durch den Verwaltungsrath“ „Ernennung durch die Generalversammlung auf Vorschlag des Verwaltungsrathes.“

Das Resultat der Abstimmung über dieses Amendement wird der Versammlung morgen mitgetheilt, welche vom Präsidenten um halb 2 Uhr auf morgen 9 Uhr vertagt wurde.

### Getreid-Durchschnitts-Preise

in Laibach am 30. November 1861.

Ein Wiener Meken	Marktpreise		Magazins-Preise	
	in österr. Währ.			
	fl.	kr.	fl.	kr.
Weizen . . . . .	—	—	6	52
Korn . . . . .	—	—	4	63
Gerste . . . . .	—	—	3	70
Hafer . . . . .	—	—	2	36
Halbfrucht . . . . .	—	—	5	11
Erbsen . . . . .	—	—	3	91
Birke . . . . .	—	—	4	83
Rufurug . . . . .	—	—	4	46

### Theater.

Heute, Montag: Stadt und Land, Posse in 2 Akten, von Fr. Kaiser.

Morgen, Dienstag: Die Memoiren des Cäsars, Lustspiel in 3 Akten, von Fr. v. Thome.



# Anhang zur Laibacher Zeitung.

**Börsenbericht.** Wien, (Mittags 1 Uhr.) (Wr. Btg. Abbl.) Der bedeutende Rückgang der Stocks und der Rente in Folge der erneuten Wendung des Konfliktes zwischen England und Nordamerika machte auch hier auf die Börse einen ungünstigen Eindruck. Staatspapiere mit wenigen Ausnahmen um ein Viertel Prozent, Industrie-Effekten durchschnittlich um ein halbes Prozent billiger. Fremde Valuten und Metalle um ein halbes Prozent theurer. Geld sehr häufig. Schluss in Spekulationspapieren matt, und nach der Börse Kredit-Aktien mit 184 ausbezogen.

Öffentliche Schuld.				Geld		Ware		Geld				Ware						
A. des Staates (für 100 fl.)																		
		Geld	Ware	Böhmen	5 "	90.00	90.20	Galiz. Karl-Ludw. Bahn zu 200 fl.			Walffy	zu 40 fl. G.M.	33.25	36.50				
				Steiermark	5 "	88.00	88.50	G. M. m. 140 fl. (70%) Ginz.	166.00	166.50	Glary	zu 40 fl. G.M.	35.50	35.75				
In österr. Währung	zu 5%	62.50	62.60	Mähren u. Schlesien	5 "	86.50	87.50	West. Don. Dampfz. Ges.	422.00	424.00	St. Genois	" 40 "	36.25	36.50				
5% Anl. von 1861 mit Rückz.	87.60	87.75		Ungarn	5 "	68.50	68.75	Oesterreich. Lloyd in Triest	—	195.00	Winfischgrätz	" 20 "	22.00	22.50				
National-Anlehen mit				Em. Van., Kro. u. Slav.	5 "	66.50	67.00	Wien. Dampfz. u. M. Ges.	385.00	390.00	Waltstein	" 20 "	21.75	22.25				
Jänner-Coup.	5 "	81.70	81.85	Galizien	5 "	66.40	66.70	Besther Kettenbrücken	397.00	399.00	Keglevich	" 10 "	14.75	15.25				
National-Anlehen mit				Siebenb. u. Bukow.	5 "	65.60	65.90	Böhm. Westbahn zu 200 fl.	164.00	165.00	Wechsel.							
April-Coup.	5 "	81.40	81.50	Venetianisches Anl. 1859	5 "	93.50	94.50	Reichsbahn-Anst. 20 fl. G. M.			3 Monate							
Metalliques	5 "	67.00	67.70	Aktien (pr. Stück).				m. 140 fl. (70%) Ginz.	147.00	147.00								
ditto mit Mai-Coup.	5 "	67.60	67.75	Nationalbank	5 "	752.00	753.00	Pfandbriefe (für 100 fl.)										
ditto	5 "	69.00	69.20	Kredit-Anst. f. Handel u. Gew. zu	200 fl. d. W. (ohne Div.)	182.10	182.20	Nationalbank	5.3. 1857	102.00	102.50	Augsburg, für 100 fl. südd. W.			117.80	118.00		
mit Verlosung v. J. 1839	122.50	122.75		M. v. Gecom. Ges. z. 500 fl. d. W.	591.00	593.00	Bank auf 10 "	ditto	5 "	95.00	96.00	Frankfurt a. M., ditto			118.00	118.00		
" 1854	89.25	89.30		R. Ferd. Nordb. z. 1000 fl. G.M.	2098.00	2099.00	G. M. verlosbare	5 "	88.75	89.25	Hamburg, für 100 Mark Banco			103.70	104.00			
" 1860 zu	82.75	82.85		Staats-Ges. z. 200 fl. G.M.	276.00	277.00	Nationalb. (verlosbare)	5 "	84.60	84.80	London, für 10 Pf. Sterling			139.30	139.40			
" 500 fl.	89.70	89.90		oder 500 fl.	120.75	121.25	auf 50 fl. W. (				Paris, für 100 Francs			54.90	55.00			
Gemo-Renten z. 42 L. austr.	17.50	18.00		Kais. G. L. f. Bahn zu 200 fl. G.M.	159.00	159.50	Lose (per Stück).				Cours der Geldsorten.							
B. der Kronländer (für 100 fl.)				Süd-nordb. Verb.-B. 200 "	120.75	121.25	Kred.-Anstalt für Handel u. Gew.	zu 100 fl. d. W.	121.70	121.80	R. Münz-Dufaten				6 fl. 58 1/2 fr.	6 fl. 59	118.00	
Grundentlastungs-Obligationen.				Südl. Staats-Ges. z. 200 fl. G.M.	159.00	159.50	zu 100 fl. d. W.				Kronen				19 "	6 "	19 "	10 "
Nieder-Oesterreich	zu 5%	88.50	89.50	ital. G. L. 200 fl. d. W. 500 fl.	259.00	260.00	Den. Dampfz. Ges. z. 100 fl. G.M.	95.25	95.75		Napoleon'sd'or				11 "	8 "	11 "	10 "
Ob. Oest. und Salz.	5 "	88.00	88.50	m. 140 fl. (70%) Ginzablung	259.00	260.00	Stadtbem. Wien zu 40 fl. d. W.	35.00	35.50		Russ. Imperiale				11 "	38 "	11 "	40 "
							Steinbozy	40 "	101.00	101.50	Vereinsthaler				2 "	7 1/2 "	2 "	8 "
							Salm	40 "	37.00	37.25	Silber-Maio				138 "	25 "	138 "	50 "

## Effekten- und Wechsel-Kurse an der k. k. öffentlichen Börse in Wien. Den 30. November 1861.

Effekten.	Wechsel.
5% Metalliques	67.60
5% Nat. Anl.	81.40
Bankaktien	752.00
Kreditaktien	182.00

## Fremden-Anzeige.

Den 29. November 1861.  
Hr. Krehn, Handelsmann, von Warasdin. —  
Die Herren: Formacher, Handelsmann, und —  
Maske, von Marburg. — Hr. Kabes, Aspirant, von —  
Gradak. — Hr. Eichenmüller, von Perau. — Hr. —  
Carl, von Wien.

3. 440. a (3) Nr. 761.  
K. k. priv. Südliche Staats-, Lomb., Venet. —  
und Zentral-Italienische Eisenbahn-Gesellschaft.

## Kundmachung.

Die k. k. priv. Südliche Staats-, Lomb., Venet. —  
und Zentral-Italienische Eisenbahn-Gesellschaft beehrt sich, zur allgemeinen Kenntniß —  
zu bringen, daß vom 1. Dezember d. J. an ein —  
**Eilgut-Tarif**

für kleine Colli bis incl. 20 Zoltpfund —  
zwischen den Stationen Wien, Mödling, Baden, —  
Neustadt, Dedenburg, Gloggnitz, Würzzu- —  
schlag, Bruck, Graz, Marburg, Gills, Laibach, —  
Triefst, Kanischa, Stuhlweissenburg, Ofen (Pesth) —  
in Wirksamkeit treten wird.

Die näheren Bestimmungen dieses Tarifs —  
sind aus einem in Druck gelegten Heftchen zu —  
ersehen, welches bei der Verkehrs-Direktion in —  
Wien (Südbahnhof), beim Stadt-Bureau in —  
Wien (Jakoberggasse Nr. 807) und endlich bei —  
allen Stations-Chefs gratis zu haben ist.

Wien, am 20. November 1861.

Die Gesellschaft.

3. 2036. (8)

## 60.000

gepelzte, pflanzenartige Maulbeerbäume, —  
von im Blatte ausgesuchter Qualität, wovon —  
die eine Hälfte in großen Stengeln und die —  
andere Hälfte in Stämmen mit Wurzeln für —  
Hecken und Lustwäldchen besteht, sind zum —  
Verkaufe vorrätig, und befinden sich theilweise —  
in Fagagna (8 Meilen von Udine) und theil- —  
weise in Rovigo bei der National-Gasanstalt.

Kaufstübe: Private, Gemeinde-Administra- —  
tionen, Genossenschaften, Bau-Direktionen, In- —  
stitute u. s. w. belieben sich zu wenden an den —  
Gefertigten oder an seine Agenten in:

Udine, Contrada San Bartolomeo; —  
Venedig, San Canciano, Calle Maggiori, —  
Nr. 6007;

Padova, Palazzo, Pisani, riviera San Be- —  
nedetto;

Verona, Sottoriva Nr. 1203, und —  
Rovigo, bei der Gasanstalt des Gefertigten.

Bei Abnahme einer größeren Parthie im —  
Betrage von 1000 Gulden, werden hinsichtlich —  
der Zahlung sehr annehmbare Bedingungen —  
gestellt.

Jakob Ermacora.

3. 1593. (5)

**Keine Kahlköpfe mehr.** Mit dieser Auf- —  
schrift bringt der „Fortschritt“ in Nr. 174 folgende —  
Annonce: „Wenn der Mangel an Kopfhaar oder das —  
Grauwerden desselben nur das einzige Zeichen des —  
herannahenden Alters wären, so dürfte man schier —  
behaupten, daß es keine Greise mehr geben wird; —  
wenigstens sucht uns die Herr M. Wally in Wien —  
(alte Wieden, Hauptstraße Nr. 339) durch sein neu —  
erfundenes Haarwuchsmittel, die sogenannte Medurina- —  
Haarwuchs-Kraspimade und das orientalische Haar-

3. 2009. (2)

Wegen jeder Verfälschung durch Muster- und Marken- —  
Der beliebte, angenehm zu nehmende echte

## Schneeberg's Kräuter-Allop

In Laibach bei **Wilhelm Mayer**, Apotheker „zum goldenen Hirschen“ am Marienplatz. —  
In Neustadt: **Dom. Nizzoli**, Apotheker. —  
„Gmünd: **Johann Marocenti**. —  
„Wippach: **Jos. V. Dolenz**. —  
„Wittach: **Andreas Terlach**.

Preis pr. Flasche sammt Gebrauchsanweisung fl. 1. 26 fr. öst. W.

Zugleich kann durch die Herren Depositaire bezogen werden:

**Anacahuita-Holz** für Brust- und Lungenleiden und Schwindel kleine Schachtel 2 fl. öst. W.

**Anacahuita-Holz-Bonbons** als Aufstimmungsmittel bei obigen Leiden 50 fr. öst. W.

**Hühneraugen-Pflaster** die bewährten, von dem k. k. Oberarzte **Schmidt**.

**Dr. Beer's Nervenextrakt** Zur Stärkung der Nerven und Kräftigung des Körpers. 70 fr. öst. W.

**Orient-Wasser** Dr. Walter's in London, für Gichtleidende. 1 Flasche 1 fl. 5 fr. öst. W.

**Steierischer Stub-Alpen-Kräuter-Saft** für Brust- und Lungen- —  
krankhe. Pr. Flasche 87 fr.

**Fr. Wilhelm's Gesundheits-Apfelwein.** 50 fr. pr. Flasche.

**Fr. Wilhelm's Gesundheits-Apfelweinessig.** 50 fr. pr. Flasche.

1 Broschüre über **Apfelwein von Dr. Hickel.** 50 fr. pr. Flasche.

**Dr. Eberhardts Skrofelseife** bei Drüsenanschwellungen, veralteten Hautausschlägen. 42 fr.

**Dr. Eberhardts Latwerge** metallfrei. 70 fr.

Haupt-Depot bei **Julius Wittner**, Apotheker in Gloggnitz.

und Bartwuchswasser, thatsächlich darzuthun. Wirk- —  
lich nun hat Herr Wally durch das Zeugniß mehrerer —  
solcher durch den Gebrauch dieser Mittel zu üppigem —  
Haar- und Bartwuchs gelangten Herren den Beweis —  
geliefert, daß er es versteht, die Welt und die Men- —  
schen zu verjüngern. Möge der Erfinder dieser be- —  
währten Mittel nur hierbei die gebührende Anerkennung —  
finden, die er als Regenerator im hohen Grade ver- —  
dient. (Dieselben sind in Laibach nur in der Hand- —  
lung des Herrn **Johann Kraschowitz** (Ht —  
vorrätig.)